

DIALOG

Beiträge zur
Friedensforschung

Band 58

LIT

Österreichisches Studienzentrum
für Frieden und Konfliktlösung (Hg.)

Projektleitung: Thomas Roithner

Söldner, Schurken, Seepiraten

Von der Privatisierung der Sicherheit
und dem Chaos der „neuen“ Kriege

LIT

Umschlagbild: typothese Wien, Matthäus Zinner

Lektorat/Register/Satz: draft fachlektorat frieden,
Wilhelm Nolte, Hamburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-50099-1

© **LIT VERLAG** GmbH & Co. KG Wien 2010
Krotenthallergasse 10/8
A-1080 Wien
Tel. +43 (0) 1-409 56 61
Fax +43 (0) 1-409 56 97
e-Mail: wien@lit-verlag.at
<http://www.lit-verlag.at>

LIT VERLAG Dr. W. Hopf
Berlin 2010
Verlagskontakt:
Fresnostr. 2
D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-620 3222
Fax +49 (0) 2 51-922 60 99
e-Mail: lit@lit-verlag.de
<http://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland: **LIT Verlag** Fresnostr. 2, D-48159 Münster
Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, Fax +49 (0) 2 51-922 60 99, e-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

Österreich: Medienlogistik Pichler-ÖBZ GmbH & Co KG
IZ-NÖ, Süd, Straße 1, Objekt 34, A-2355 Wiener Neudorf
Tel. +43 (0) 22 36-63 53 52 90, Fax +43 (0) 22 36-63 53 52 43, e-Mail: mlo@medien-logistik.at

Schweiz: B + M Buch- und Medienvertriebs AG
Hochstr. 357, CH-8200 Schaffhausen
Tel. +41 (0) 52-643 54 30, Fax +41 (0) 52-643 54 35, e-Mail: order@buch-medien.ch

Inhaltsverzeichnis

THOMAS ROITHNER Der Krieg als „Chamäleon“? – Vorwort	9
GERALD MADER Friedenspolitik zwischen Realität und Utopie – Zukunftsbild einer Friedensuniversität	18
Neue Tendenzen im Kriegsgeschehen	31
HARALD MÜLLER Konflikte der Zukunft	31
WOLFGANG SCHREIBER Neue Kriege oder neue Gewaltkonflikte? Das Kriegsgeschehen unter den Vorzeichen der Globalisierung	47
ANNA GEIS Die Kontroversen über die „neuen“ Kriege der Gegenwart: Wie sinnvoll ist die Rede vom „Neuen“?	61
Was erobern Piraten und Kindersoldaten? Die Akteure der heutigen Kriege	75
VOLKER MATTHIES Piratenjagd am Horn von Afrika: Politökonomische Betrachtungen zu Beute, Jägern und Gejagten	75
MICHAEL PITTWALD „Neue Kriege“ – Neue Gewaltakteure? Zur Rolle von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten	93
HANS-JOACHIM HEINTZE Piraten, Warlords und zerfallende Staaten – versagt das Völkerrecht?	107

J. J. MESSNER Die Rolle des Privatsektors in internationalen Einsätzen: Über ethische Grundsätze beim Vertragsabschluss	123
ANDREAS ZUMACH Kommentar zu den Ausführungen von J.J. Messner	130
ERWIN A. SCHMIDL Söldner – Freiwillige – Soldaten: Gedanken zum Thema	132
Globale Ökonomie und Gewaltökonomien in den heutigen Kriegen und Konflikten	139
BIRGIT MAHNKOPF Piraten am Horn von Afrika – eine neue Gefahr für die globale Sicherheit?	139
MONIKA HEUPEL Diamanten-, Holz- und Drogenschmuggel: Die Gewaltökonomien der „Neuen Kriege“	165
JÜRGEN WAGNER Neue Kriege und Neoliberaler Kolonialismus: Systemadministration im Zeitalter des totalen Marktes	180
Ursache und Wirkung am Beispiel Lateinamerika und Naher Osten	201
SABINE KURTENBACH Kriegsökonomische Strukturen und Formwandel der Gewalt. Was wir aus den „alten“ Kriegen Lateinamerikas lernen können	201
MARGRET JOHANNSEN Der Gaza-Krieg 2008/2009 – Was lehrt uns die Wiederkehr des ewig Gleichen?	221
MAGDA SEEWALD Gender – Macht – Konflikt: Geschlechterverhältnisse im besetzten Palästina	236

Alternativen und Ansätze aus Theorie und Praxis	251
KARIN KNEISSL Richtige Köpfe für Krisenprävention: Welche Diplomatie und Verhandlungsführung für die Verhinderung bzw. Bewältigung der neuen alten Kriege?	251
UELI MÄDER Wie die Zivilgesellschaft auf neue soziale Konflikte antwortet	264
PETER STRUTYNSKI Gewogen und zu leicht befunden: Von Militärinterventionen ist dringend abzuraten	280
ANDREAS PAPP, THOMAS PREINDL, MARTINA SCHLOFFER Zivil-militärische Beziehungen – Zur aktuellen Debatte über das Verhältnis zwischen Hilfsorganisationen und Militärs in internationalen Kriseneinsätzen	298
JOHANNES M. BECKER Haben wir ein neues Bild vom Krieg? Fragen an ein ruhiges Land	315
Anhang	
FRANZ SIEDER Der Gott des Friedens und der Gerechtigkeit – An den Leidenden der Welt nicht vorübergehen	325
Autorinnen und Autoren	328
Über den Herausgeber	331
Stichwortverzeichnis	333
Dialog – Beiträge zur Friedensforschung	340
SAFRAN – Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Rüstungskontrolle und Nachhaltige Entwicklung	342

Woyke, Wichard (Hrsg.), Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung, Opladen, S. 101-123.

Waldmann, Peter (1998), Bürgerkrieg – Annäherung an einen schwer faßbaren Begriff, in: Krumwiede, Heinrich-W. / Waldmann, Peter (Hrsg.), Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten, Baden-Baden, S. 15-36.

Zumach, Andreas (2005), Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand?, Köln.

Datenbankprojekte zu Kriegen und bewaffneten Konflikten

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF):
<http://www.akuf.de>

Correlates of War (CoW):
<http://www.correlatesofwar.org>

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK):
<http://www.hiik.de>

Uppsala Conflict Data Program (UCDP):
www.pcr.uu.se/research/UCDP

DIE KONTROVERSEN ÜBER DIE „NEUEN“ KRIEGE DER GEGENWART: WIE SINNVOLL IST DIE REDE VOM „NEUEN“?

ANNA GEIS

1. Einleitung: Die Durchschlagskraft des „Neuen“

Die wissenschaftliche Debatte über die „Neuen Kriege“ wird inzwischen seit rund zehn Jahren geführt – nimmt man das Erscheinen des Buches „New and Old Wars“ von Mary Kaldor von 1999 als entscheidendes Datum und internationales Referenzwerk.¹ In der deutschsprachigen Debatte ist dagegen vor allem das 2002 publizierte Buch „Die neuen Kriege“ von Herfried Münkler der zentrale Bezugspunkt der einschlägigen Kontroversen. Die Thesen beider Bücher haben in der wissenschaftlichen Forschungsgemeinde heftige Diskussionen ausgelöst über den behaupteten Formwandel des Krieges und insbesondere über die Frage, inwiefern dieser wirklich „neu“ sei. In politisch-publizistischen Kreisen konnten die Bücher ebenfalls viel Aufmerksamkeit erregen, forderten sie doch eine Neuausrichtung westlicher Sicherheitsstrategien, da diese viel zu lange von Vorstellungen „alter“ zwischenstaatlicher Kriege geprägt gewesen seien (Pradetto 2004, S. 198-199).

Im Folgenden wird zunächst aufgezeigt, warum der Streit um den Kriegsbegriff keine rein akademische Angelegenheit darstellt, sondern eminent politisch ist (2.). Sodann sind Definitionsschwierigkeiten des „Krieges“ zu erläutern, die in der jüngsten Debatte in Form der binären Codierung „alter“ versus „neuer“ Kriege erneut aufscheinen (3.). Es folgt die zugespitzte Darstellung der Kontroverse zwischen Verfechtern und Kritikern der „neuen“ Kriege (4.), abschließend werden knapp die weiteren Forschungsaufgaben umrissen (5.).

¹ Das bereits 1991 erschienene Werk „The Transformation of War“ des israelischen Militärgeschichtlers Martin van Creveld, das einige in diese Richtung weisende Beobachtungen enthält, erlangte nicht die gleiche Bekanntheit wie das Buch von Kaldor.

2. Die politische Funktion von Begriffen

Warum ist es politisch und für die allgemeine Öffentlichkeit einer Demokratie überhaupt wichtig, ob sich WissenschaftlerInnen über Begriffe und Theorien streiten? Schließlich kann man sich in den Sozialwissenschaften selten auf eine allgemeingültige Definition von Begriffen einigen. Unpolitisch sind solche akademischen Deutungskämpfe jedoch nicht, da deren Begriffsprägungen auf dem Wege der öffentlichen Vermittlung und Aneignung durch außerakademische Akteure schleichend in den öffentlichen Diskurs und die politische Praxis einwandern können. Dort tragen sie dann zur Legitimierung bzw. Delegitimierung bestimmter Handlungen bei.

Die Begriffsdeutungen, die sich auf das Thema politische Gewalt beziehen, haben in zweierlei Hinsicht Folgen für die Praxis westlicher Staaten: Zum einen helfen sie, Bedrohungswahrnehmungen von Akteuren zu strukturieren, in der Unordnung globaler Gewalt (vermeintliche) Ordnung zu stiften und Interventions- bzw. Präventionsstrategien anzuleiten. Da es hierbei stets um Leben und Tod von zahlreichen Menschen geht, ist es im Bereich der Sicherheitspolitik besonders wichtig, Ursachen von Gewalt und Verlaufsdynamiken von Gewaltprozessen zu verstehen, um sich zu ihnen angemessen verhalten zu können. In der Debatte zu „Neuen Kriegen“ ist vielfach kritisiert worden, dass sich Begriffsapparat, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster westlicher Akteure immer noch zu sehr an einem europäischen Idealtypus des „klassischen“, gehegten zwischenstaatlichen Krieges des 18. und 19. Jahrhunderts orientiere. Falsche Wahrnehmungen und mangelndes Verstehen der Konfliktursachen führten so zu wirkungsloser Gewaltprävention oder zu verfehlten Reaktionen auf Gewalt, die die Situation vor Ort möglicherweise noch verschärfen (vgl. Kaldor 2000, S. 177-217; Matthies 2004, S. 422-434).

Zum Zweiten dienen Begriffsdeutungen auch der Legitimierung von politischen Handlungen. Dies lässt sich besonders gut an der Etikettierung der Terroranschläge vom 11. September 2001 als „Krieg“ (z. B. Münkler 2001) aufweisen: Dehnt man den Kriegsbegriff auf terroristische Akte aus, legitimiert dies den Angegriffenen auch zu Kriegshandlungen, er muss nicht mehr nur auf rechtsstaatlich erlaubte Mittel der Verbrechensbekämpfung zurückgreifen und kann zudem auf die Unterstützung der Bürger bei der Einschränkung demokratischer Rechte im Innern rechnen. Die US-Regierung unter George W. Bush betonte seit den Terrorangriffen immer wieder, dass sich ihr Land im geografisch und zeitlich entgrenzten Krieg gegen den globalen Terror befinde, und stellte die Militäreinsätze in Afghanistan und Irak offensiv in diesen Begründungszusammenhang.

Auf der anderen Seite kann die bewusste Vermeidung des Begriffes „Krieg“ für Kriegshandlungen der Enttabuisierung dienen und so die Hemmschwelle gegenüber Interventionen senken: Im Kosovo-Krieg wurde

diese Vermeidung von Befürwortern des Krieges beispielsweise praktiziert, um den ersten Kampfeinsatz deutschen Militärs seit dem Zweiten Weltkrieg zu enttabuisieren. Ähnlich wird für geforderte Interventionen gelegentlich der Begriff „Polizeiaktion“ benutzt, um die Scheu westlich-demokratischer Öffentlichkeiten vor gewaltsamen Eingriffen in Konflikte weltweit abzumildern (z. B. Eppler 2002, S. 94). In einem verwandten Kontext sind die politischen Kontroversen im Sommer 2009 um den zunehmend gefährlicher werdenden Afghanistaninsatz der deutschen Bundeswehr zu sehen: Verteidigungsminister Jung (CDU) lehnt es unter Verweis auf die völkerrechtlichen Grundlagen des Einsatzes ab, diesen als „Krieg“ zu bezeichnen. Er beharrt auf „Stabilisierungseinsatz“ oder räumt maximal einen „Kampfeinsatz“ ein – während die Soldaten vor Ort die Ereignisse als „Krieg“ erleben und daher zahlreiche deutsche Kommentatoren um der politischen Ehrlichkeit willen eine entsprechende Benennung des Einsatzcharakters der Bundeswehr-Mission einfordern.²

Sowohl die Ausdehnung als auch die Vermeidung des Kriegsbegriffes ziehen also Kritik auf sich. Die politische Relevanz des Streits ist dabei offenkundig: Die verstärkte Diskussion über die „Neuen Kriege“ und den US-amerikanischen „Anti-Terror-Krieg“ hängt auch mit der Neuausrichtung nationaler Sicherheitspolitiken zunächst nach Ende des Kalten Krieges, insbesondere aber auch nach der behaupteten „Zäsur“ des „11. Septembers“ zusammen (vgl. Schlichte 2006). Bedrohungen für die Sicherheit des eigenen Landes, der Allianzpartner oder der westlichen Welt werden im öffentlichen Diskurs neu konstruiert und dienen der Legitimierung staatlicher Zuständigkeiten für Gewaltphänomene weltweit. Die Begriffe sowohl der „Sicherheit“ wie auch komplementär der „Verteidigung“ werden weit über ihre im Kalten Krieg geltenden Maße ausgedehnt: Sicherheit bedeutet nicht mehr nur den Schutz des eigenen Territoriums vor dem Angriff fremder Truppen, sondern wird umfassend verstanden als die Verhinderung oder Linderung von massiver Instabilität in anderen Ländern, deren Folgen auf die OECD-Staaten z. B. in Form von Flüchtlingsströmen oder massiv gestörten Wirtschaftsbeziehungen übergreifen könnten.

3. „Alte“ Kriege, „neue“ Kriege: Wandel der Phänomene oder der Wahrnehmung?

Wenn die Schwierigkeiten einer begrifflichen Fassung des Krieges erörtert werden, wird häufig ein Satz aus Clausewitz' Überlegungen zur Natur des

² Siehe u.a. Kurt Kister „Krieg der Wörter“, in Süddeutsche Zeitung, 25.6.2009, S. 4 und Klaus Naumann „Krieg? Das hätten die Taliban gern“, in: Süddeutsche Zeitung, 1./2.8.2009, S. 2.

Krieges zitiert: Der Krieg sei ein „wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert“ (1832, S. 23). Diese schillernde Natur mag bei Beobachtern des Krieges zu der Unklarheit führen, was sie denn gerade sehen. So besteht heute zwar Einigkeit darüber, dass der „klassische Krieg“, wie er in der europäischen Militärgeschichte stilisiert wurde, im Verschwinden begriffen ist, aber von den beobachteten Formen politischer Gewalt ist nicht klar, „ob sie noch Krieg“ sind oder „schon etwas anderes, ein gefärbtes Chamäleon oder bereits ein anderes Wesen“ (Daase 2003b, S. 18). Der Krieg wandelt sich im Kontext von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen. Krieg „wesenhaft“ oder zeitlos gültig zu definieren, ist angesichts seines Gestalt- und Formwandels im Laufe der Geschichte nicht sinnvoll. Verbreiteter sind daher binäre Codierungen des Krieges, die sich in Begriffspaaren wie Angriffs-/Verteidigungskrieg, Staaten-/Bürgerkrieg, gerechter/ungerechter Krieg, symmetrischer/asymmetrischer Krieg oder Kleiner/Großer Krieg zeigen und sich für die wissenschaftliche Klassifikation wie politische Ordnungstiftung eignen.

Im Mittelpunkt der jüngsten Debatte um den Formwandel der Gewalt steht nun eine weitere binäre Codierung: „alte“ und „neue“ Kriege, mit der angezeigt werden soll, dass seit einiger Zeit – die genauen Zeiträume variieren bei einzelnen Autoren oder bleiben unklar – ein tief greifender Wandel des Krieges zu konstatieren sei, für den keine angemessenen bekannten Begriffe zur Verfügung stünden. Das Modell des „alten“ Krieges entwickelte sich historisch nach der langsamen Herausbildung eines staatlichen Gewaltmonopols im neuzeitlichen Zentraleuropa (Kaldor 2000, S. 26-51). Zwei Jahrhunderte lang konnte der zwischenstaatliche Krieg als reglementiertes „Staatenduell“ um ein begrenztes, politisch definiertes Ziel begriffen werden. Staatenkriege wurden prinzipiell durch Rechtsakte wie Kriegserklärung und Friedensschluss abgrenzbar, ebenso die Unterscheidung von Kombattanten (die Uniform und ihre Waffen offen tragen mussten) und Nichtkombattanten, von Front und Hinterland. Im 19. und 20. Jahrhundert bildeten sich weitere Konventionen und Regeln der Kriegführung heraus (Kaldor 2000, S. 28-35). Der idealtypische „alte“ Krieg war demnach eine vollkommen verstaatlichte, einigermaßen durch Regeln eingegegte Unternehmung von relativ begrenzter Dauer und mit klarer politischer Zielsetzung. Dieses die Kriegswirklichkeit selbst des alten Europas mehr als beschönigende Kriegsbild wird seit Längerem kritisiert. Es spiegelt ein völlig falsches „Clausewitz'sches Weltbild“ wider (van Creveld 1991) und verleite so zu falschen politischen Handlungen und militärischen Strategien.

So berechtigt die Kritik am klassischen Kriegsmodell ist, so zweifelhaft ist jedoch, ob die binäre Codierung in „alt“ und „neu“ eine sinnvolle Unterscheidung für die Analyse des Krieges sein kann. Zwar sind alt und neu „die ewigen unumstößlichen Pole aller Wahrnehmung und aller Orien-

tierung in der Welt“ (Susan Sontag, zitiert nach Brock 2004, S. 11). Jedoch sind mit dieser Unterscheidung missliche Umstände verbunden (Brock 2004): Mit ihr wird Realität nicht einfach nur beobachtet, sondern die Behauptung eines tief greifenden Wandels trägt selbst zur Konstituierung dieses Wandels bei, was zu weitreichenden politischen Umorientierungen in der Sicherheitspolitik führen kann (Schlichte 2006). Zudem ist die Unterscheidung inhaltsleer und kann ohnehin nur temporal begrenzt verwendet werden. (Es mutet *inzwischen* eher eigenartig an, wenn noch immer von „neuen“ Kriegen gesprochen wird, obwohl die Debatte darüber seit gut zehn Jahren stattfindet). Schließlich verdeckt die Unterscheidung, was einer veränderten Realität und was nur den veränderten Wahrnehmungsmustern der Betrachtenden zuzuschreiben ist.

Genau an diesem Punkt nun scheiden sich die Kritiker und Verteidiger der Rede vom „Neuen“.³ Kriegsursachen- und KonfliktforscherInnen, die den Wandel des Krieges seit längerer Zeit untersuchen, verweisen darauf, dass sich weniger die Realität verändert habe als vielmehr die Wahrnehmung, die viel zu lange von der Logik des Kalten Krieges verzerrt worden sei (Siegelberg/Hensell 2006). Auch HistorikerInnen sind häufig sehr skeptisch gegenüber der Beobachtung von Neuem; so lautet die Schlussfolgerung aus zahlreichen Projekten des Tübinger Sonderforschungsbereichs *Kriegserfahrungen – Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit*: „Neu ist die Wahrnehmung und das Reden darüber, nicht das Phänomen“ (Beyrau et al. 2007, S. 11). Die Verfechter der „Neuen Kriege“ halten dagegen, dass sich aufgrund des Endes der „großen Ideologien“ seit 1989/1990, des verschärften Globalisierungsdrucks und der andauernden Erosion von Staatlichkeit eine Reihe neuartiger Entwicklungen in den bewaffneten Konflikten aufzeigen ließen (Kaldor 2000). Herfried Münkler betont zudem, dass weder die Privatisierung, noch die Entmilitarisierung des Krieges noch die Asymmetrisierung der Kriegsgewalt je für sich genommen neue Phänomene darstellten, sondern dass das *Zusammentreffen* dieser drei Phänomene in den Konflikten der Gegenwart das wesentlich Neue ausmache (Münkler 2006, S. 134-135). Die übergeordnete Frage in der Kontroverse lautet also, ob die Einen den Wandel überpointieren oder die Anderen ihn herunterspielen.

4. Hauptlinien der Kontroversen

Die intensive Diskussion über das „Neue“ in den zeitgenössischen bewaffneten Konflikten ist soweit gediehen, dass mittlerweile alle wesent-

³ Siehe z.B. Balz (2009), Brock (2004), Brzoska (2004), Chojnacki (2004, 2008), Gantzel (2002), Heupel/Zangl (2004), Kahl/Teusch (2004), Kalyvas (2001), Münkler (2002, 2006), Newman (2004), Pradetto (2004), Schlichte (2006), Siegelberg/Hensell (2006).

lichen Argumente für und wider starken Wandel vorgebracht sind. Was sind die Hauptstreitpunkte dieser Debatte?

Zunächst einmal war festzuhalten, wie hoch der Anteil des Typs „neuer“ Kriege am gesamten Kriegsgeschehen überhaupt ist. Die Zahlen der Kriegsursachenforschung lassen die Hinweise auf eine große Zunahme „neuer“ Bürgerkriege als übertrieben erscheinen, da die Zahl der innerstaatlichen Kriege nach einem kurzen Anstieg 1991–1992 insgesamt zurückging (Hasenclever 2002, S. 347; Kahl/Teusch 2004, S. 389, 391). Der von Sven Chojnacki (2008, S. 15–17) vorgestellte Datensatz differenziert zwischen innerstaatlichen Kriegen, bei denen noch ein staatlicher Akteur beteiligt ist, und substaatlichen Kriegen, an denen nur nichtstaatliche Akteure beteiligt sind. Letztere entsprechen am ehesten dem Typus des „neuen“ Krieges. Zwischen 1946 und 2006 waren demnach lediglich 16 von 176 Kriegen als substaatliche Kriege einzuordnen. Deren Bedeutung nahm seit den 1970er Jahren jedoch tatsächlich relativ zu, seit 1990 sind nun etwa ein Viertel aller pro Jahr geführten Kriege substaatliche Kriege.

Zur Abschwächung der vorschnellen Rede vom „Neuen“ wurde zudem an einige seit längerem bekannte Makrotrends erinnert: Die Zahl der pro Jahr geführten Kriege ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges deutlich gestiegen, hat sich nach einem vorläufigen Höhepunkt zu Anfang der 1990er Jahre im Laufe des Jahrzehnts aber auf einem etwas niedrigeren Niveau eingependelt. Den größten Teil der Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg machen innerstaatliche Kriege aus, zwischenstaatliche Kriege sind also deutlich zurückgegangen. Mehr als 90 Prozent der nach 1945 geführten Kriege fanden in „Dritte-Welt“-Regionen statt. Innerstaatliche Kriege dauern länger und sind schwieriger zu beenden als zwischenstaatliche Kriege (Matthies 2004; Chojnacki 2008).

Eigentümlich ist, dass die meisten Verfechter eines „neuen“ Krieges unter diesem einen primär immer noch innerstaatlichen Konflikt – allerdings mit grenzüberschreitenden Merkmalen, wie offener Bürgerkriegs-ökonomie – verstehen, dieser dann aber häufig mit dem „alten“ zwischenstaatlichen Krieg verglichen wird (Kahl/Teusch 2004, S. 385). Naheliegender erscheint es zunächst, „alte“ und „neue“ Bürgerkriege gegenüberzustellen (Heupel/Zangl 2004, S. 349–356). Allein die Verwendung des traditionellen Begriffs „Bürgerkrieg“ führte jedoch schon zu Kritik, weil sich dieser idealtypisch seit jeher auf einen Kampf von politisch-ideologisch motivierten Bürgerkriegsparteien um Machtpositionen in einem existierenden Staat beziehe – Bedingungen, die nun jedoch genau nicht mehr in den innerstaatlichen Konflikten seit den 1990er Jahren gegeben seien. Jetzt nämlich gehe es um zunehmend ökonomisch motivierte Akteure innerhalb eines schwach regierten Territoriums, das den Namen „Staat“ nur noch nominell trage. Solche Akteure hätten kein Interesse an der Beendigung der Gewalt und seien kaum mit der hergebrachten Vorstellung eines „Bürgers“ zu fassen (Münkler 2002, S. 43–45).

Unabhängig von der letztlich favorisierten Begriffswahl und dem Vergleichsmaßstab drehen sich die Kontroversen zumeist um die Faktoren Gewaltakteure, Gewaltmotive, Gewaltökonomie, Gewaltmittel/-strategien und Folgen der Gewalt. Es werden zahlreiche „Ent“-wicklungen behauptet, die auf der normativen Folie des alten Referenzmodells klassischer Interstaatenkriege und robuster Staatlichkeit als degenerative Prozesse erscheinen: Entstaatlichung, Entpolitisierung, Entmilitarisierung, Entzivilisierung, Entterritorialisierung, Entgrenzung. Anhand dieser Faktoren wird schließlich die Bewertung „Wandel – ja oder nein“ vorgenommen:

Gewaltakteure: Im Kontext schwacher Staatlichkeit zeichnen sich die Konflikte durch eine weitere Entstaatlichung aus; sie sind privatisiert, insofern anstelle staatlichen Militärs private Akteure wie Warlords, kriminelle Banden, Söldnergruppen, private Militär- und Sicherheitsfirmen, Kindersoldaten u. a. den Verlauf von Konflikten beeinflussen. Wird in einen solchen Konflikt schließlich von außen gewaltsam interveniert, treten vielfache externe staatliche wie nichtstaatliche Akteure in den Konflikt ein, die die Komplexität der Konfliktkonstellationen erhöhen: neben Interventionstruppen Akteure internationaler Agenturen und transnationaler Organisationen der Zivilgesellschaft.

Die Kritiker dieser These stellen keineswegs infrage, dass zahlreiche nicht-staatliche Akteure bewaffnete Konflikte prägen – allerdings sei dieses Phänomen eben altbekannt und der Blick darauf aufgrund der lange vorherrschenden ‚Brille‘ eurozentrischer Staatlichkeitsfixierung getrübt gewesen (vgl. Schlichte 2006, S. 114–115). Zudem ist umstritten, ob die innerstaatlichen Kriege tatsächlich *Staatszerfalls*-Kriege sind oder nicht doch in einer Perspektive der *Staatsbildung* zu interpretieren sind (Brzoska 2004, S. 110; Matthies 2004, S. 417). Klaus Jürgen Gantzel etwa warnt davor, anhand von relativ aktuellen Fällen bereits einen historischen Trend ablesen zu wollen. Interpretiere man die „Neuen Kriege“ als Ausdruck von *Staatsbildung*, wäre präziser von „privater Gewalt“ zu sprechen und nicht von „privatisierter Gewalt“ (Gantzel 2002, S. 10–11).

Gewaltmotive: Es gibt einen ausgeprägten Strang in der Literatur zu „neuen“ Bürgerkriegen, der sich mit den ökonomischen Motivationen der Gewaltakteure befasst (Berdal/Malone 2000; Münkler 2002; Heupel 2005). Im Zentrum steht hier die These, dass die Konflikte entpolitisiert sind, da sich die ökonomischen Interessen an der Kriegführung selbstständig haben gegenüber den politischen Motiven, die den Kriegen zugrunde liegen. Die Gewaltakteure werden demnach relativ stark von Motiven der Bereicherung angetrieben, ihnen geht es nicht mehr so sehr um ideologische oder machtpolitische Ziele, daher haben sie ein dauerhaftes Interesse an der Fortsetzung der Gewalt und an schwacher staatlicher Herrschaft. Solche Konflikte manifestieren sich nicht unbedingt in permanenter massiver offener Gewalt, sondern vollziehen sich in teils eher niedriger

Gewaltintensität, bis phasenweise an wechselnden Orten wieder Kämpfe ausbrechen. Im Gegensatz zu dieser verbreiteten Ökonomie-These unterstreicht Mary Kaldor (2000) vor dem Hintergrund ihrer Analyse der Balkankriege der 1990er Jahre allerdings identitätspolitische Motive, die die Gewalt zwischen ethnischen/religiösen Gruppen antreiben.

Diese Gegenüberstellung von ökonomischen und identitätspolitischen Motiven weist auch schon den Weg für die Kritiker: Sie stellen keineswegs infrage, dass sich nicht-staatliche Gewaltakteure durch Krieg auch bereichern wollen, halten die Konzentration auf ökonomische Motive jedoch für zu einseitig. Die Motivlagen nicht-staatlicher Akteure seien ebenso komplex und vielfältig wie die von staatlichen Akteuren und umfassten ökonomisch, politisch-sozial und kulturell geprägte Elemente (Schlichte 2006, S. 117-119). So entwickeln auch „Warlords“, Rebellen, Milizen und ihre Gefolgschaften ein Interesse an politischen Herrschaftsfragen (Siegelberg/Hensell 2006). Die zugespitzte These von der Entpolitisierung der Kriege verkenne, dass auch scheinbar rein ökonomische Tätigkeiten politische Dimensionen besitzen, insofern das Erringen von politischer Macht oder internationaler Anerkennung beispielsweise zur Profitsteigerung beitragen können (Balz 2009, S. 14).

Gewaltökonomien: Das Thema „Gewaltökonomien“ ist nicht auf die „Neue Kriege“-Literatur im engeren Sinne beschränkt, sondern hat im Zuge der generellen Globalisierungsdebatte in der Konfliktforschung große Aufmerksamkeit erregt (Jean/Rufin 1999; Ruf 2003; Kurtenbach/Lock 2004). Wie bereits bei den Gewaltmotiven oben angesprochen, ist in zahlreichen innerstaatlichen Kriegen Gewalt durch „Gewaltunternehmer“ kommerzialisert, es bilden sich Gewaltmärkte und offene Bürgerkriegsökonomien heraus – Verfechter der „Neuen Kriege“ wie Münkler (2002) unterstellen daher ein Eigeninteresse etwa von *Warlords* an der Verstärkung der Gewalt.

Bürgerkriegsökonomien reproduzieren sich zum einen über eine Vielfalt an „kriminellen“ Tätigkeiten innerhalb der betroffenen Territorien wie Plünderung der Bevölkerung, das „Besteuern“ und Stehlen von internationalen Hilfslieferungen oder Entführungen. Zugleich nutzen viele „Kriegsunternehmer“ die Profitsteigerungsmöglichkeiten, die sich durch eine Schattenglobalisierung, d. h. transnationale kriminelle Netzwerke, eröffnen (Kurtenbach/Lock 2004). So wird etwa die im Ausland lebende Diaspora teils gezwungen, sich an der Finanzierung der Gewalt zu beteiligen. Gewaltakteure eignen sich zudem legale oder illegale Ressourcen im Konfliktgebiet an, um sie über Kontakte zu transnationalen kriminellen Netzwerken in den legalen bzw. illegalen Weltmarkt einzuschleusen. Beispielsweise versorgten sich die UNITA in Angola und die RUF in Sierra Leone vor allem über den Handel von Diamanten; in der Demokratischen Republik Kongo bezogen Rebellenbewegungen ihre Einkünfte aus dem Han-

del mit Coltan, Gold, Kupfer, Diamanten und Kaffee; in Afghanistan finanzieren sich Warlords über Drogenschmuggel (Heupel 2005). Die Gewaltakteure können dabei entweder selbstständig Ausbeutung und Handel mit solchen Ressourcen organisieren oder Konzessionen an private Unternehmen vergeben.

Offene Bürgerkriegsökonomien stellen eine besondere Herausforderung für internationale Friedensstrategien dar (Heupel 2005) – allerdings lassen sie sich durchaus befrieden. Die Kriege in Angola, Liberia und Sierra Leone, die beispielhaft als „Neue Kriege“ galten, wurden in den letzten Jahren beendet (Schreiber 2009, S. 18). Die Eindämmung des Konflikts hängt davon ab, welche Rohstoffe oder Güter den Hauptbestandteil der Kriegsökonomien bilden. Während der Handel mit *illegalen* Gütern wie Drogen sich schwierig regulieren lässt, zeigt etwa der Erfolg des sog. Kimberley-Prozesses über die Einschränkung des Handels mit „Blutdiamanten“,⁴ dass die Zirkulation *legaler* Güter effektiver reguliert werden und so den Konfliktparteien die Finanzierungsquellen entzogen werden können.

Kritiker der „Neuen Kriege“ begrüßen es prinzipiell, dass die Problematik von Gewaltökonomien und der Finanzierung von Kriegsaktivitäten nunmehr eine neue Aufmerksamkeit erhält, kritisieren aber auch hier ‚ökonomistische‘ Vereinseitigungen und die Überpointierung von „Neuem“ – mussten sich nicht-staatliche Gewaltakteure doch auch schon früher auf irgendeine Weise finanzieren (vgl. Balz 2009). Allerdings haben das Ende des Kalten Krieges sowie die sich intensivierende Globalisierung tatsächlich die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen bewaffneter Konflikte der letzten beiden Jahrzehnte verändert. Innerstaatliche Konfliktakteure können seit Ende der ‚großen‘ ideologischen Kämpfe nicht mehr auf die finanzielle Unterstützung der Supermächte rechnen, sondern müssen sich alternative Einkommensquellen erschließen. Kriegsökonomien sind „heute viel komplexere Konstrukte, die sich über die Grauzonen des Weltmarktes mit den legalen Waren-, Finanz- und Dienstleistungsströmen filigran vernetzen müssen. Diese enge Verschränkung wirkt selbstverständlich auf die wirtschaftlichen Reproduktionsbedingungen, militärischen Ziele und Operationen der Gewaltakteure zurück.“ (Siegelberg/Hensell 2006, S. 23).

Gewaltmittel, Gewaltstrategien und Gewaltfolgen: Nach Darstellung der Verfechter „neuer“ Kriege sind diese durch Entmilitarisierung und Entzivilisierung (im Sinne systematischen Regelbruchs) charakterisiert. Da die

⁴ Infolge einer öffentlichen Kampagne vor allem durch Nichtregierungsorganisationen kamen im „Kimberley-Prozess“ Vertreter von Staaten, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen zusammen, um den Handel mit Konfliktdiamanten einzudämmen. Das Verhandlungsergebnis im Jahr 2002 bestand in einer Zertifizierung von zum Export bestimmten Rohdiamanten. Die Unternehmen, die mit Diamanten handeln, verpflichteten sich zudem auf einen Verhaltenskodex.

Gewalt hier vorwiegend privatisiert ist, dominieren leichte Waffen und asymmetrische, regellose Strategien der Kriegführung – wie die gezielte Tötung von Zivilisten und terroristische Akte. Die sich gezielt gegen Zivilisten richtenden Gewaltstrategien sind besonders brutal (Verstümmelungen, Massenvergewaltigungen und -vertreibungen). Internationale Regeln der Kriegführung, die der „Zivilisierung“ und „Einhegung“ des Krieges dienen sollen, wie die gebotene Trennung von Kombattanten und Nonkombattanten, werden nicht mehr beachtet (Münkler 2002, S. 131-153). Daher sind Zivilisten in weit höherem Maße als früher von den Folgen der Gewalt betroffen, entweder unmittelbar durch bewusste Tötung und Vertreibung oder mittelbar durch Flucht, Hunger und Elend. Diese Entgrenzung der Gewalt zeigt sich an den hohen Opferzahlen unter Zivilisten sowie der hohen Flüchtlingszahl durch Vertreibung. Schätzungen gehen davon aus, dass sich im Laufe des letzten Jahrhunderts das Verhältnis Soldaten-Zivilisten unter den Kriegsoptionen vollkommen umgekehrt hat und heute etwa 80 bis 90 Prozent der Opfer Zivilisten sind (Kaldor 2000: 160).

Kritiker verweisen hier zunächst darauf, dass unser Verständnis von Gewalt kulturell geprägt ist (Kalyvas 2001, S. 115) und dass Kennzeichnungen wie „barbarisch“ oder „bestialisch“ als analytische Kategorien unbrauchbar sind (Schlichte 2006, S. 121). Zudem seien Zivilisten auch schon vorher gezielt und massenweise zum Angriffsziel gemacht worden, etwa in den beiden Weltkriegen, aber auch in den Kolonialkriegen. Die Vorstellung eines „gehegten“ Krieges, der die Zivilisten schone, sei schlichtweg idealisierend, der Regelbruch der stetige Begleiter der geregelten Kriegführung, wie die Geschichte der Kriegsverbrechen zeigt (vgl. z.B. Wette/Ueberschär 2001). Im Hinblick auf die hohen Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen, die laut UN-Statistiken insbesondere seit 1990 stark angestiegen sind, gibt Edward Newman (2004, S. 182) zu bedenken, dass es auch in früheren Kriegen zahllose Flüchtlinge gab, dass die Not der Flüchtlinge heute aber möglicherweise vervielfacht erscheine, weil verlässliche Daten über frühere Zeiten fehlen. In der Gegenwart werde dagegen das Leid der Zivilisten durch die Medien sehr viel sichtbarer und das Flüchtlingsproblem sei heute anders als früher zum internationalen Problem geworden, mit dem sich die UNO befassen muss.

5. Schlussfolgerungen für die Forschungsagenda

Zusammengefasst zweifeln die Kritiker der „Neuen Kriege“ entweder die empirische Basis der Behauptungen an und verweisen auf methodische Schwächen und mangelnde Daten. Oder sie legen dar, dass man vieles auch schon in früheren Kriegen nachweisen kann. Der Wandel wäre dann höchstens gradueller, nicht prinzipieller Natur. Dennoch räumen auch die Kritiker ein, dass die „Neue-Kriege“-Debatte trotz ihrer Überpointierungen

zu einem besseren Verständnis der sozialen, ökonomischen und politischen Dynamiken im Krieg beigetragen hat (z. B. Newman 2004, S. 186). Dies kann die dazu im deutschsprachigen Raum bereits vorliegende Forschung (z. B. Siegelberg/Hensell 2006; Schlichte 2009) für eine größere Forschungsgemeinde anschlussfähig machen. Es werden indes noch weitere systematisch angeleitete, vergleichende Fallstudien zu den Ursachen, Verläufen und Folgen von Kriegen benötigt (Schlichte 2006, S. 124-126), d. h. Kriegsursachen, Kriegsgeschehen und Kriegsfolgen müssen gemeinsam in den Blick genommen werden (vgl. Daase 2003a, S. 176-187).

Da in den lang anhaltenden Bürgerkriegen die Grenze zwischen Friedens- und Kriegszustand fließend ist, wird vorgeschlagen, in der Kriegsursachenforschung Struktur- und Prozessanalyse stärker miteinander zu verknüpfen, um Eskalations- und Deeskalationsprozesse besser erfassen zu können. Dies schließt die Untersuchung der besonderen Rolle von Eliten handeln in den neuen Bürgerkriegen ebenso ein wie die fortgesetzte Analyse der Verbundenheit von Bürgerkriegsökonomien mit der Schattenglobalisierung (Hasenclever 2002, S. 356-357; Lock 2003, S. 96-97). Eine solche Forschungsagenda macht deutlich, dass Kriege nur interdisziplinär erforscht werden können und Politikwissenschaft, Soziologie, Ethnologie, Geschichtswissenschaft, Ökonomie, Rechtswissenschaft u. a. integrieren müsste.

Es liegt auf der Hand, dass im prekären Forschungsfeld „Krieg“ die Erhebung valider Daten und, sofern es sich um für die FeldforscherInnen fremde Kulturen handelt, ihre kulturelle Dechiffrierung stets besonders schwierig, unter Umständen gar riskant ist. Insofern dürften einige Kontroversen allein schon mangels ausreichender empirischer Basis nicht aufgelöst werden. Unplausibel erschiene es jedoch, wenn man nun an die Stelle des alten europäischen Kriegsmodells ein einziges neues (wie immer dieses gefüllt wird) setzen wollte. Die empirische Erfassung des Kriegsgeschehens zeigt gerade die Vielfalt der in der Gegenwart stattfindenden bewaffneten Konflikte, sodass weder ein einziges ‚altes‘, noch ein einziges ‚neues‘, sondern nur eine Reihe differenzierter Kriegsmodelle für die Erfassung der Realität tauglich sind.

Im Hinblick auf eine sinnvolle Begriffs- und Theoriebildung ist abschließend zu kritisieren, dass – abgesehen von dem an sich schon problematischen, weil inhaltsleeren und zeitlich nur begrenzt verwendbaren Begriff des „Neuen“ – von einigen Autoren und Autorinnen viel zu viele Phänomene in einen vermeintlichen Typus von Krieg gefasst werden. So rubriziert Herfried Münkler (2006, S. 145-147) unter die „neuen“ Kriege auch die Interventionen der westlichen Demokratien („Pazifizierungskriege“) und den transnationalen Terrorismus („Verwüstungskriege“). Auch Mary Kaldor fasst in der Neuauflage ihres Buches zu „alten“ und „neuen“ Kriegen (Kaldor 2006) unter letztere nicht nur innerstaatliche Kriege mit bestimmten Merkmalen, sondern auch transnationalen Terror-

ismus und den jüngsten Irak-Krieg. Eine solche Vermischung einer Vielzahl von Phänomenen ist wissenschaftlich wie politisch-rechtlich fragwürdig: Wissenschaftlich verhindert dies eine sinnvolle Begriffs- und Typenbildung und erschwert das Ausweisen analytischer wie historischer Vergleichsmaßstäbe. Politisch trägt diese Vorgehensweise zur Verdichtung diffuser Bedrohungsszenarien des Westens bei, rechtlich gesehen befördert es die Grenzverwischung zwischen Krieg, Terror und Verbrechen.

Literatur

- Balz, Mathis (2009), Die Politische Ökonomie von Bürgerkriegen, Hamburg: Arbeitspapier Nr. 2/2009 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung.
- Berdal, Mats / Malone, David (Hrsg.) (2000), Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars, Boulder.
- Beyrau, Dietrich / Hochgeschwender, Michael / Langewiesche, Dieter (2007), Einführung: Zur Klassifikation von Kriegen, in: Beyrau, Dietrich / Hochgeschwender, Michael / Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart, Paderborn u. a., S. 9-15.
- Brock, Lothar (2004), Alt und neu, Krieg und Gewalt, in: Kurtenbach, Sabine / Lock, Peter (Hrsg.), Kriege als (Über-)Lebenswelten, Bonn, S. 11-19.
- Brzoska, Michael (2004), „New Wars“ Discourse in Germany, in: Journal of Peace Research, 41: 1, S. 107-117.
- Chojnacki, Sven (2004), Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht, in: Leviathan, 32: 3, S. 402-424.
- Chojnacki, Sven (2008), Wandel der Gewaltformen im internationalen System 1946–2006. Osnabrück (Forschung DSF Nr. 14).
- Daase, Christopher (2003a), Krieg und politische Gewalt, in: Hellmann, Gunther / Wolf, Klaus Dieter / Zürn, Michael (Hrsg.), Die neuen Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 161-208.
- Daase, Christopher (2003b), „Der Krieg ist ein Chamäleon“, in: Calließ, Jörg (Hrsg.), Zivile Konfliktbearbeitung im Schatten des Terrors, Rehbun-Loecum, Loecumer Protokolle 58/02, S. 17-35.
- Eppler, Erhard (2002), Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Frankfurt a. M.

- Gantzel, Klaus Jürgen (2002), Neue Kriege? Neue Kämpfer?, Hamburg: Arbeitspapier Nr. 2/2002, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung.
- Hasenclever, Andreas (2002), Neue Erkenntnisse und Trends in der quantitativen Kriegsursachenforschung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 9: 2, S. 331-364.
- Heupel, Monika (2005), Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege“. Wiesbaden.
- Heupel, Monika / Zangl, Bernhard (2004), Von „alten“ und „neuen“ Kriegen – Zum Gestaltwandel kriegerischer Gewalt, in: Politische Vierteljahresschrift, 45: 3, S. 346-369.
- Jean, Francois / Rufin, Jean-Christophe (Hrsg.) (1999), Ökonomie der Kriege, Hamburg.
- Kahl, Martin / Teusch, Ulrich (2004), Sind die „neuen Kriege“ wirklich neu? in: Leviathan, 32: 3, S. 382-401.
- Kaldor, Mary (2000), Neue und alte Kriege, Frankfurt a.M. [dt. Übersetzung von „New and Old Wars“ 1999].
- Kaldor, Mary (2006), New and Old Wars. Second Edition, Cambridge.
- Kalyvas, Stathis N. (2001), „New“ And „Old“ Civil Wars: A Valid Distinction?, in: World Politics, 54: 1, S. 99-118.
- Kurtenbach, Sabine / Lock, Peter (Hrsg.) (2004), Kriege als (Über-)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität, Bonn.
- Lock, Peter (2003), Kriegsökonomien und Schattenglobalisierung, in: Ruf, Werner (Hrsg.), Politische Ökonomie der Gewalt, Opladen, S. 93-123.
- Matthies, Volker (2004), Kriege: Erscheinungsformen, Kriegsverhütung, Kriegsbeendigung, in: Knapp, Manfred / Krell, Gert (Hrsg.), Einführung in die Internationale Politik, 4. erw. Auflage, München/Wien, S. 398-443.
- Münkler, Herfried (2001), Sind wir im Krieg?, in: Politische Vierteljahresschrift, 42: 4, S. 581-589.
- Münkler, Herfried (2002), Die neuen Kriege, Reinbek.
- Münkler, Herfried (2006), Was ist neu an den neuen Kriegen? – Eine Erwiderung auf die Kritiker, in: Geis, Anna (Hrsg.), Den Krieg überdenken, Baden-Baden, S. 133-150.
- Newman, Edward (2004), The „New Wars“ Debate, in: Security Dialogue, 35: 2, S. 173-189.

- Pradetto, August (2004), Neue Kriege, in: Gareis, Sven Bernhard / Klein, Paul (Hrsg.), Handbuch Militär und Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S. 192-202.
- Ruf, Werner (Hrsg.) (2003), Politische Ökonomie der Gewalt, Opladen.
- Schlichte, Klaus (2006), Neue Kriege oder alte Thesen?, in: Geis, Anna (Hrsg.), Den Krieg überdenken, Baden-Baden, S. 111-132.
- Schlichte, Klaus (2009), In the Shadow of Violence. The Politics of Armed Groups, Frankfurt a.M.
- Schreiber, Wolfgang (2009), Daten und Tendenzen des Kriegsgeschehens 2007, in: Schreiber, Wolfgang (Hrsg.), Das Kriegsgeschehen 2007, Wiesbaden, S. 11-39.
- Siegelberg, Jens / Hensell, Stephan: Rebellen, Warlords und Milizen. In: Jutta Bakonyi / Stephan Hensell / Jens Siegelberg (Hrsg.), Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen, Baden-Baden 2006, S. 9-37.
- Van Creveld, Martin (1991), The Transformation of War, New York.
- Von Clausewitz, Carl (1832), Vom Kriege (zitiert nach Ausgabe: Reinbek 2001, 10. Auflage, Hrsg. v. W. Pickert/W. R. v. Schramm).
- Wette, Wolfram / Ueberschär, Gerd (Hrsg.) (2001), Kriegsverbrechen im 21. Jahrhundert, Darmstadt.